

An:

Das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren, Jugend

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag

Per E-Mail Verteiler

27.08.2015

**Stellungnahme der AG Nord zu den Vereinbarungen der Koalitionsfraktionen zum Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) vom 03.02.2015 in Ergänzung zu den im August 2014 vereinbarten Eckpunkten**

Die AG Nord ist ein Bundesländer übergreifender Zusammenschluss mehrerer norddeutscher HIV/STI-Beratungsstellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Beratungsstellen von ca. 11 Gesundheitsämtern aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind in der Arbeitsgruppe vertreten.

Die AG Nord ist ein Netzwerk, das sich 2mal im Jahr trifft und sich mit aktuellen Themen, die den HIV/STI-Bereich betreffen, auseinandersetzt. Das Besondere daran ist, dass es sich hierbei um Beratungsstellen handelt, die gemäß des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) anonyme und kostenlose HIV/STI-Beratungs- und Untersuchungsangebote für die Allgemeinbevölkerung und insbesondere für Menschen in der Sexarbeit vorhalten. Ein wichtiges Instrument der Präventionsarbeit der Beratungsstellen ist Streetwork, d. h. aufsuchende Soziale Arbeit zwecks Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung direkt an den Arbeitsorten der Menschen, die sexuelle Dienstleistungen anbieten. Die AG Nord-Teilnehmer\_innen bündeln in ihrem Kreis eine einzigartig hohe Fachkompetenz, da sie direkt an der Basis arbeiten, nah an den Arbeits- und Lebensrealitäten der Sexarbeiter\_innen.

Wir verfolgen mit Besorgnis die derzeitigen Planungen bzgl. der den Prostitutionsbereich betreffenden Gesetzesänderungen.

Auf unserer letzten Sitzung im April 2015 war das ProstSchG Schwerpunktthema. Unserer Einschätzung nach würde die Umsetzung des Gesetzes in der geplanten Form für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeiter\_innen mehr Kontrolle und Sanktionen und weniger Schutz, wie vom Gesetzgeber gewollt, bedeuten. Seitens der Beratungsstellen besteht die Befürchtung, dass durch die Anmeldepflicht und Pflichtberatung unsere Zielgruppe schwerer für Prävention erreichbar sein wird, da vermehrt Sexarbeiter\_innen im Verborgenen arbeiten werden. Sie wären dadurch weniger vor gefährlichen Situationen geschützt und leichter unter Druck zu setzen. Die Erfahrungen aus unserer jahrzehntelangen Arbeit – auch bereits zu Zeiten der Pflichtuntersuchung – zeigen, dass sich Angebote auf freiwilliger und anonymer Basis in Verbindung mit einem qualitativ hochwertigen medizinischen Angebot bewährt

haben und effizient sind. Weitere zu befürchtende negative Auswirkungen des geplanten Gesetzes werden sehr detailliert in der Stellungnahme der Großstadtgesundheitsämter zum ProstSchG dargelegt.

Auch die Mitglieder der AG Nord lehnen die geplante Anmeldepflicht und medizinische Pflichtberatung für Sexarbeiter\_innen ab und schließen sich der Stellungnahme der Großstadtgesundheitsämter in vollem Umfang an.

Diese Stellungnahme wird von folgenden in der AG Nord mitarbeitenden Gesundheitsbehörden und Gesundheitsämtern unterstützt:

Bremen, Bremerhaven, Emden, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck.